

Interessengemeinschaft „Freie Träger“ Halle (Saale)
Sprecherinnen und Sprecher
i.V. der Mitgliedsträger der Kinder- und Jugendhilfe

Landtag von Sachsen-Anhalt
[Petitionsausschuss](#)
Domplatz 6–9
39104 Magdeburg

Halle (Saale) 30.06.2023

Auswirkungen der aktuellen Entwicklungen im Bereich der Kindertageseinrichtungen

hier: Verschlechterung der Arbeitsbedingungen bei immer prekärer werdender Fachkräftesituation und ausbleibendes Handeln der Landesregierung insbesondere zur Erweiterung des Faktors des Mindestpersonalschlüssels gem. § 21 Abs. 2 KiFöG LSA

Sehr geehrte Mitglieder des Petitionsausschusses des Landtages Sachsen-Anhalt,

seit vielen Jahren kämpfen die Freien Träger der Jugendhilfe für eine angemessene politische Beachtung der frühkindlichen Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsangebote (FBBE) in unserem Land. Generell weist Bildungsforschung seit Jahrzehnten regelmäßig nach, dass qualitativ hochwertige FBBE-Angebote in der positiven Auswirkung auf Entwicklungschancen und zukünftige Einkommen NUR durch sehr gute häusliche Lernumgebungen übertroffen werden. Letztere entziehen sich aber weitestgehend direktem politischem Handeln. Dagegen sind FBBE-Angebote einfach auch in qualitativ hochwertiger Form flächendeckend durch politisches Handeln umsetzbar. Unter frühkindlichen Bildungsforschern ist es Konsens, dass jeder Euro, der in qualitativ hochwertige FBBE-Angebote investiert wird, mehr sozialökonomischen Nutzen bringt, als eine gleiche Investition in schulische und nachschulische Bildungsangebote.

Die erschreckenden Ergebnisse des IQB-Bildungstrends für den Primarbereich des letzten Jahres, haben zu einem berechtigten Aufschrei geführt. Im Zuge dieser kurzen Erregung wurde die Weiterentwicklung von FBBE-Angeboten allerdings nicht als Teil der Lösung von politischer Seite thematisiert. Stattdessen verengen wir Bildungspolitik in Sachsen-Anhalt immer wieder auf allgemeinbildende Schulen, ohne dass diese Verengung nachhaltige Erfolge zeigen würden.

Die Verengung des Diskurses zu Bildungsfragen auf allgemeinbildende Schulen, führt nicht nur zu politischer Kurzsichtigkeit, sondern fortgesetzt auch dazu, dass die FBBE-Angebote absehbar qualitativ schlechter werden und auch im Umfang deutlich eingeschränkt werden müssen. Ein einfaches Beispiel sind die zahlreichen, ausgeschriebenen Stellen als pädagogische Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die selbstverständlich nur aus dem frühkindlichen Bereich in das Schulsystem eingestellt werden können und diesen damit schwächen. Nachhaltige Bildungspolitik muss aber die Frage stellen, wo die „Engpassressource Erzieher*in“ effektiver eingesetzt werden kann? Die Bildungsforschung gibt hier eine eindeutige Antwort zu Gunsten der FBBE-Angebote. Bildungspolitisch findet dazu aber nicht einmal eine Debatte statt.

Nun gibt es auch hinlänglich bekannte Faktoren, die sich grundsätzlich negativ auswirken. Fachkräftemangel und zunehmende Aufgabenverdichtung bedingen und verstärken sich besonders im Bildungssektor gegenseitig. Trotzdem wird im Bereich der FBBE-Angebote in unserem Land schlicht nichts getan, um im Interesse bildungspolitischer und letztlich gesellschaftlicher Zielstellungen Verbesserungen anzustoßen. Das ist umso erstaunlicher, da es selbst einfach erkennbare „harte Faktoren“ gibt, die eine automatische Befassung mit den geltenden gesetzlichen Regelungen erfordert hätten.

So wurden tariflich Regenerationstage für alle Mitarbeitenden, welche nach dem TVÖD SuE vergütet werden - das betrifft überwiegend Mitarbeitende im Bereich der FBBE-Angebote - eingeführt. Der Faktor des Mindestpersonalschlüssels des § 21 Abs. 2 KiFöG LSA wurde aber nicht entsprechend angepasst, obwohl dies pro VZÄ zwischen 15,6 und 31,2 Stunden zusätzliche Abwesenheit pro Jahr bedeutet, welche durch ein überlastetes System zusätzlich kompensiert werden muss.

Auch die gesetzlich festgelegte Bezugsgröße „vergütete Jahresarbeitsstunden“ je VZÄ hat sich verändert, da tariflich bestimmt eine Vollzeitkraft nur noch 39 statt 40 Wochenstunden zu leisten hat. Dies hat zwar „nur“ einen Einfluss auf die benötigte Anzahl an VZÄ, aber diesen Mehrbedarf gibt es schlicht nicht auf dem Personalmarkt.

Bei ca. 15.800 Fachkräften reden wir hier von fast 400 zusätzlichen fehlenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern! Dieses Defizit muss also wiederum aus dem überlasteten System kompensiert werden.

Eine Folge unter vielen sind ständig steigende Krankheitszeiten der einzelnen Mitarbeitenden, die bei FBBE-Mitarbeitenden sowieso höher ausgeprägt sind, als in anderen Berufsgruppen. Es findet aber nicht einmal der generelle Trend der höheren Krankenstände aller Berufsgruppen Eingang in den Faktor des Mindestpersonalschlüssels. Schon die Diskussion darüber wird schlicht nicht geführt. An dieser Stelle sei als Nebenaspekt darauf gewiesen, dass der Faktor des Mindestpersonalschlüssels gem. § 21 Abs. 2 grundsätzlich jegliche Transparenz vermissen lässt. Bei einem zentralen Element der Finanzierung von FBBE-Leistungen sollte diese Transparenz in einer demokratischen Gesellschaft nicht eingeklagt werden müssen, sondern so zugänglich sein, dass er sich nicht einer politischen Meinungsbildung entzieht.

Weiterhin ist die Qualifizierung pädagogischer Fachkräfte insbesondere während der Ausbildungsphase mittlerweile nicht mehr ausreichend, um auf die ständig wachsenden Herausforderungen, die sich aus gesellschaftlichen Veränderungsprozessen ergeben, vorzubereiten. Auch diese Entwicklung ist ein Trend in allen Bildungsbereichen und lässt sich durch Multikrisen, Individualisierung, Digitalisierung, verstärkte Zuwanderung und viele weitere Faktoren unproblematisch nachvollziehen. Die Qualifizierung der Berufsanfänger aber im Alltag abzuschließen, bindet so immer mehr Personal, ohne dass es dafür überhaupt eine Beachtung im Faktor des Mindestpersonalschlüssels geben würde. Auch hier fehlt der politische Diskurs und damit gleichzeitig die Anerkennung der gesellschaftlichen Wirklichkeiten.

Wir beschreiben damit keinen kurzfristigen Trend, der „nur“ durch die Verbesserung der fachschulischen Ausbildung zu lösen ist, auch wenn das ein wichtiger Faktor sein muss. Wir beschreiben hier grundsätzlich geänderte Ansprüche an die Ausbildung pädagogischer Fachkräfte und dem Umgang in den Einrichtungen damit. Verstärkt wird diese Entwicklung ebenso durch den im Bereich der Jugendhilfe wachsenden Bedarf an fachfremden „Seiteneinsteigern“ zur Erreichung des Mindestpersonalschlüssels. Das bringt Belastungen für die Teams mit sich, die weit über das Maß einer Einarbeitung hinausgehen. Auch hierfür gibt es keine Position im Faktor des Mindestpersonalschlüssels oder eine diskursive Auseinandersetzung mit dem Thema an sich.

Nun wenden wir uns nicht im ersten Schritt an den Petitionsausschuss. Vielmehr sind wir hier in unserer Ratlosigkeit bezüglich des Desinteresses an diesem wichtigen Zukunftsthema an einem Punkt angekommen, an dem wir keine Möglichkeit mehr sehen, mit normaler Gremienarbeit oder mit Informationen an gewählte Vertreter der Parteien Sensibilität für die aktuellen Entwicklungen im Bereich der FBBE-Angebote zu erreichen. Erst im Januar und Februar haben wir uns an die meisten Fraktionen, das Sozial- sowie das Bildungsministerium und sogar den Ministerpräsidenten schriftlich gewandt. Die Fraktionen der FDP und der Linken haben darauf mit einer Anhörungsmöglichkeit reagiert. Mehr Reaktionen gab es nicht, obwohl wir als Interessengemeinschaft der „Freien Träger“ in Halle (Saale) mehr als 50 Einrichtungen der Jugendhilfe vertreten und damit die Generalität des Problems gut belegen können.

Was möchten wir mit dieser Petition erreichen? Wir möchten ein zeitnahes Eintreten in den politischen Diskurs zu folgenden Themen:

- Verbesserung des Mindestpersonalschlüssels gem. § 21 Abs. 2 KiFöG LSA unter Einbeziehung der tariflichen Änderungen, der notwendigen mittelbaren Tätigkeiten im Bereich der Fachkräftequalifizierung aber auch für die Bewältigung der wachsenden Herausforderungen im pädagogischen Alltag sowie der realen Krankheitszeiten (siehe z. B. Krankheitsbericht der DAK 2022)
- Einführung einer generellen Vergütung während der Ausbildung zu pädagogischen Hilfs- und Fachkräften
- Anpassung und Weiterentwicklung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung angehender pädagogischer Fachkräfte (Verkürzung der Ausbildungszeiten, Steigerung der Ausbildungsqualität)
- generelle Öffnung für einschlägig Dual-Studierende über das KiFöG, mit entsprechenden Refinanzierungsmöglichkeiten
- Vereinfachung der Etablierung multiprofessioneller Teams, durch Anpassung § 21 KiFöG LSA
- Schaffung von Anpassungsqualifizierungsmöglichkeiten für Seiten- und Quereinsteigende

Wir haben uns an dieser Stelle nicht mit den vielen weiteren diskussionswürdigen Aspekten der Jugendhilfe befasst, um realistische und relativ kurzfristig erreichbare Ziele aufzuzeigen. Zusammengefasst möchten wir erreichen, dass FBBE-Angeboten der gebührende Platz entsprechend ihrer gesellschaftlichen Bedeutung im politischen Diskurs eingeräumt wird. Es geht hier nicht um „Wunschträume“, sondern um eine ehrliche Debatte. Da diese bisher nicht zustande kam, obwohl uns klar ist, dass viele weitere Akteure aus unserem Bereich genau die gleichen Themen aufwerfen, sehen wir uns zu dieser Petition im Namen unserer Mitgliedseinrichtungen gezwungen und bitten Sie um eine gebührende Befassung.

Selbstverständlich stehen wir jederzeit für Rückfragen oder fachliche Austausch auch in weiteren politischen Gremien zur Verfügung. Als POC nutzen Sie bitte folgenden Daten:

Erste Kreativitätsschule Sachsen-Anhalt e.V.
Geschäftsführer
Herrn Jan Förster
Max-Liebermann-Str. 4
06124 Halle (Saale)
Mail: foerster@krea-halle.de
Tel: 0345 29795-0

Wir danken für Ihre Mühen und verbleiben,

Mit freundlichen Grüßen


"KINDER- und JUGENDHAUS" e.V.
Beate Gellert
Geschäftsführerin
Zürcher Straße 14
06128 Halle (Saale)
Tel.: (03 45) 1 31 96 22
Fax: (03 45) 1 31 96 28

Die Sprecher*Innen der IG „Freie Träger“ der Stadt Halle


AWD Kindertageseinrichtungen Halle (Saale) GmbH
Zürcher Straße 14
Tel.: 0345 29795-0


ERSTE KREATIVITÄTSSCHULE
SACHSEN-ANHALT e.V.
Max-Liebermann-Str. 4
06124 Halle
Telefon: 0345/29795-0
Telefax: 0345/29795-15


Deutsches Rotes Kreuz
Kreisverband Halle-Saalkreis -
Mansfelder Land e.V.
Delitzscher Straße 118
06116 Halle (Saale)
Tel. 0345/291780, Fax 0345/2917890